„Ohne unser Land sind wir niemand“

Wer in Kolumbien geraubtes Land zurückfordert, begibt sich in Lebensgefahr. 1997 vertrieben Streitkräfte gemeinsam mit Paramilitärs über 4.000 AfrokolumbianerInnen an den Flüssen Curvaradó und Jiguamiandó gewaltsam aus ihren Dörfern. In Sicherheit und Würde auf ihrem Land leben, können die Betroffenen auch heute nicht. Ein Gespräch mit Gemeindegemeinsprecher Enrique Cabezas über Flucht, Straflosigkeit und die schwierige Rückkehr auf einen reichen Flecken Erde inmitten eines nicht enden wollenden Konflikts.

Herr Cabezas, Sie leben seit einem Jahr in Europa. Wann waren Sie das letzte Mal auf Ihrem Land in Curvaradó?

Das letzte Mal am 20. Mai 2014. Ich hielt mich in einem Haus im Dorf Llano Rico auf. Mehrere bewaffnete Männer traten am Abend die Tür ein. Sie waren auf der Suche nach mir. Ich konnte noch rechtzeitig durch einen Hinterausgang fliehen. Seitdem war ich nicht wieder dort.

Wurden Sie weiter verfolgt?

Ich lebte danach an unterschiedlichen Orten, um mich zu schützen. Trotzdem gingen die Drohungen weiter. Sie riefen mich an, sie sendeten mir Textnachrichten, sie schickten Boten, die mich in ihrem Namen bedrohten. Im Jahr 2014 gab es über 70 solcher Übergriffe. Bewaffnete versuchten später auch in eine Herberge in Bogotá einzudringen, in der ich zeitweise unterkam. Danach folgten neue SMS: Man würde wieder versuchen, mich zu töten. Ich schaltete schließlich das Handy ab, um solche Nachrichten nicht mehr zu empfangen. Als sie dann meine Familie attackierten, war das zu viel. Ich entschied, das Land zu verlassen.

Wer steckt hinter den Drohungen?

Es sind Unternehmer, die unser Land illegal bewirtschaften und ihre Arbeiter, die sie dafür extra dorthin umgesiedelt haben. 2012 erfasste eine staatliche Delegation mehrere Dutzend Unternehmer und fast 650 fremde Siedlerfamilien, die unser Territorium besetzen. Sie weigern sich, zu gehen. Sie arbeiten oft mit Paramilitärs zusammen. Auch das Militär beschützt manche ihrer Plantagen und Viehweiden. Die Unternehmer wollen, dass die Gemeinden von der Landkarte getilgt werden und ihren Projekten weichen. Leute wie mich, die Land zurückfordern, erklären sie zum „militärischen Ziel“ und damit zu Freiwild.

Was macht das Land für die Unternehmer so attraktiv?

Gegenwärtig pflanzen sie vorwiegend Bananen und Maniok. Früher wurden auch Ölpalmen angebaut, bis 2007 ein Pilz die Plantagen befiel und fast komplett zerstörte. Primärwald wird abgeholzt, um Edelholz zu verkaufen. Es gibt riesige Rinderweiden. Und es gibt Gold: 13 Abbaugenehmigungen wurden auf unserem Land vergeben, die momentan noch ausgesetzt sind. 22 weitere Konzessionen sind beantragt. Vielleicht soll hier später auch die Verbindung der Panamericana zwischen Kolumbien und Panamá entstehen sowie eine Straßen- und Schienentrasse zwischen Pazifik und Karibik, ein „trockener Kanal“.

Wie konnten die Unternehmen das Land besetzen?

1997 bombardierte die Armee die Gemeinden bei einer Militäroperation über mehrere Stunden – angeblich um die [Guerillagruppe] FARC zu schwächen. Soldaten fielen in unsere Dörfer ein, Paramilitärs des Bloque Élder Cárdenas unterstützten sie dabei. Die ganze Operation war von langer Hand geplant. Schon 1996 hatten Paramilitärs angefangen, Nachbarn in den Gemeinden gezielt zu ermorden. Sie hatten Listen, mit Menschen, die sie suchten. Dann errichteten sie und die Soldaten

überall Kontrollposten, sodass kaum noch Lebensmittel und Medikamente in die Dörfer gelangten. Anfang 1997 trauten sich die Leute schon nicht mehr aus ihren Häusern weg. Nach den Bombardements flohen die Meisten dann nach Pavarandó [eine Kleinstadt], über 4.000 Personen, nur mit der Kleidung, die sie gerade trugen. Weil das Militär ihnen verbot weiter zu ziehen, lebten sie dort in einem Flüchtlingslager, bis etwa zum Jahr 2000. Nur wenige sind in den Dörfern zurückgeblieben.

Im Jahr 2000 erhielten wir unser Territorium offiziell vom Staat als Kollektivland, weil wir dort schon immer gelebt hatten. Als die ersten aus der Vertreibung zurückkehrten, merkten sie aber, dass große Teile des Landes verkauft waren. Verkauft hatten wir nie etwas. Unternehmen hatten Urkunden und Verträge gefälscht und dann in unserem Namen Land aufgekauft. Überall waren darauf Ölpalmenfelder zu finden, die sie angepflanzt hatten. Teilweise hatten die Unternehmer sogar Geld von der Regierung dafür erhalten. Arbeiter bewirtschafteten die Plantagen. Paramilitärs patrouillierten auf dem Land, um es zu „schützen“. Nehmen Sie zum Beispiel den Fall eines Nachbarn: Er war 1996 in einem Fluss ertrunken, wir haben ihn im Dorf begraben. Plötzlich unterschreibt er 2002 einen Vertrag, mit dem er angeblich sein Privatland verkauft. Eigentlich besaß er nur 18 Hektar Land. Den Dokumenten zufolge soll er aber 5.900 Hektar verkauft haben.

Wie viele sind zurückgekehrt?

Wir sind heute um die 10.000 Personen. 70 Prozent davon leben verstreut in Kolumbien. Nur etwa ein Drittel von uns wohnt wieder auf dem Land und leistet Widerstand. Die Meisten leben dort in humanitären Schutzzonen, in denen wir keine Waffen und keine Bewaffneten dulden.

Warum leben so viele weiter außerhalb des Territoriums?

Sie haben Angst zurückzukommen oder sehen auf dem Land keine Perspektive. Obwohl sie in den Städten oft in Armut leben. Als wir geflohen sind, haben wir unser Vieh, unsere Pflanzungen komplett verloren. Heute bestellen wir das Land nur mit unseren Händen, ohne Hilfe oder Entschädigung. Und wieder versuchen sie, uns einzuschüchtern oder zu ermorden.

Warum sorgt der Staat nicht dafür, dass die Unternehmer das Land zurückgeben?

Ich halte das für eine systematische Politik. Schon hinter der Militäroperation verbargen sich wirtschaftliche Interessen. Die Unternehmer lassen die Politiker für ihre Belange arbeiten. Der Staat garantiert ihnen, dass sie das Land heute weiter besetzen können. Er beschützt eher sie als uns.

Zum Beispiel haben die Behörden im November 2014 die Räumung der Finca eines Unternehmers einfach ausgesetzt. Sie sagen, er hat sie 2003 legal erworben. Unser Land war da aber fast überall von Paramilitärs besetzt. In der Nähe genau dieser Finca wurde am 13. Januar 2010 [der Gemeindegemeinsprecher] Argénito Díaz ermordet. Am 23. März 2012 haben sie [den Gemeindegemeinsprecher] Manuel Ruiz und seinen Sohn Samir getötet, die beide neben der Finca wohnten.

Einige Beamte versuchen auch immer wieder, uns davon zu überzeugen, mit den Unternehmern zusammen zu arbeiten, ihnen unser Land zu verpachten. Oder nehmen Sie die Soldaten: Sie lassen Bewaffnete einfach gewähren. Sie beschuldigen uns weiter öffentlich, dass wir Guerilla-Mitglieder sind oder die Guerilla unterstützen. Sie sagen, wir hätten kein Recht, unser Land zurückzufordern, weil wir es den Unternehmern legal verkauft hätten. Mitten auf dem Territorium betreiben sie seit 2012 eine Militärbasis, ohne die Erlaubnis der Gemeinden dafür einzuholen und gerade einmal 50 Meter vom nächsten Wohnhaus entfernt.

Wie können wir uns von Deutschland aus für die Gemeinden engagieren?

Die deutschen Konsumenten sollten keine Produkte kaufen, die von Unternehmen kommen, die für solche Straftaten verantwortlich sind wie die, die man gegen uns begangen hat. Sie sollten Briefe schicken an die Regierung in Kolumbien. Die Regierung kann vielleicht zehn solcher Briefe ignorieren, aber nicht zehntausend.

Die Interamerikanische Menschenrechtskommission hat Kolumbien 2014 dazu verpflichtet, Sie und die anderen Gemeindemitglieder besser zu schützen. Sie standen schon zuvor unter dem Schutz staatlicher Stellen. Warum wurden die Übergriffe gegen Sie dennoch nicht verhindert?

Der beste Schutz besteht nicht darin, Bodyguards, Mobiltelefone oder kugelsichere Westen zu haben, sondern denjenigen, die hinter den Drohungen stehen, den Prozess zu machen. Und zwar nicht nur wegen des besetzten Landes, sondern auch wegen der Morde und Vertreibungen. Die Behörden kennen inzwischen fast jedes Detail, auch die Namen von denen, die uns bedrohen, die das Land geraubt, die Menschen dafür ermordet und vertrieben haben. Es gibt Urteile von Gerichten, sogar vom Verfassungsgericht, dass die Unternehmer für die Vertreibungen verantwortlich sind und das Land zurückgeben müssen. Trotzdem werden die Täter nicht zur Verantwortung gezogen. Sie leben bis heute in absoluter Straffreiheit, während wir weiter bedroht werden.

Wieso greifen die Unternehmer heute wieder zu solch drastischen Mitteln?

Weil sie Angst haben, das illegal angeeignete Land doch noch zu verlieren. Seit 2012 gilt in Kolumbien ein Gesetz zur Landrückgabe. Wenn der Staat überall Vertriebenen ihr Land zurückgeben will, fürchten sie vielleicht, dass er auch in unserem Fall tatsächlich ernst macht und sie von dort doch noch räumt. Auf dem Papier gehört uns das Land ja schon längst. Nur materiell haben wir es eben nicht zurückbekommen. Aber wir werden nicht nachgeben. Wir sind Bauern. Wo sollen wir sonst arbeiten, wenn nicht auf unserem Land? Es ist unsere Tradition und unsere Kultur, Lebensmittel zu produzieren, um sie in der Stadt zu verkaufen. In der Stadt kann man nichts anbauen. Dort bekommen wir keine Arbeit. Ohne unser Land sind wir niemand.

Hintergrund Gesprächspartner:

Enrique Cabezas Martínez ist einer der SprecherInnen der 34 afrokolumbianischen Flussgemeinden am Curvaradó und Jiguamiandó. Weil er sich für die Rückgabe des Kollektivlandes einsetzt, wird er seit mehreren Jahren mit dem Tode bedroht – wie zahlreiche andere Gemeindemitglieder auch. Seit er 11 Jahre alt ist, ist er vertrieben. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission verpflichtete Kolumbien im August 2014, ihn und drei weitere GemeindesprecherInnen mit Präventivmaßnahmen zu schützen. Nach zwei Mordanschlägen lebte er zeitweise in einem Schutzprogramm für bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen in Europa.

Hintergrund Vertreibung und Landraub in Kolumbien und am unteren Atrato:

Über 6,5 Millionen Menschen wurden in Kolumbien seit 1985 gewaltsam vertrieben. Sie haben geschätzte 8,3 Millionen Hektar Land zurückgelassen – ein Gebiet so groß wie Österreich und fast 20 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche des Landes. Große Teile davon eigneten sich bewaffnete Gruppen und ihre Verbündeten in Politik und Wirtschaft illegal an.

Seit 2012 führt die Regierung ein großangelegtes Landrückgabe-Programm durch. Die Restitution des Landes der 23 Dörfer am Curvaradó und der elf Dörfer am Jiguamiandó am Unterlauf des Atrato-Flusses hat sie dafür mehrfach als erfolgreichen Präzedenzfall angeführt, der auch international

beispielgebend sei. Ihr angestammtes Territorium – am 22. November 2000 vom Staat an die Gemeinden als Kollektivbesitz überschrieben – erstreckt sich auf rund 101.000 Hektar.

Zwischen dem 24. und 27. Februar 1997 drangen hunderte Soldaten der 17. Heeresbrigade gewaltsam in verschiedene Dörfer am Unterlauf des Atrato ein. Unterstützung erhielten sie dabei nicht nur von der kolumbianischen Luftwaffe, die die Region mehrfach stundenlang bombardierte, sondern auch von unzähligen Bewaffneten des paramilitärischen Dachverbandes *Autodefensas Unidas de Córdoba y Urabá* (ACCU). Ziel des „Operation Génesis“ genannten Militärschlages war vorgeblich, die 57. Front der Guerillagruppe FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*) zu schwächen. Tatsächlich ermordeten Militärs und Paramilitärs während der Operation jedoch dutzende Anwohner und vertrieben den Großteil der in den Flussgemeinden lebenden Zivilbevölkerung – rund 10.000 Personen. Bereits zuvor hatten sich Soldaten und Mitglieder paramilitärischer Gruppen immer wieder willkürlicher Tötungen und anderer Übergriffe gegen Zivilisten in der Region schuldig gemacht. Schätzungsweise flohen von Dezember 1996 bis Ende Februar 1997 zwischen 15.000 und 20.000 Menschen aus ihren Dörfern an Curvaradó, Jiguamiandó und fünf weiteren Seitenarmen des unteren Atrato vor gemeinsamen Operationen des kolumbianischen Militärs und paramilitärischer Verbände.

Infolge der Vertreibungen besetzten vor allem Palmölkonzerne und Rinderzüchter sowie von ihnen umgesiedelte Arbeiter aus anderen Regionen Kolumbiens die verlassenen Flächen. In Curvaradó und Jiguamiandó betrieben sie zeitweise auf bis zu einem Drittel des Kollektivlandes illegal Plantagen und Viehweiden – in vielen Fällen auch mit Hilfe staatlicher Fördergelder. Seit 2010 hat das Verfassungsgericht Kolumbiens mehrfach Schutz für die Flussgemeinden und die wirksame, materielle Herausgabe ihres Landes angeordnet. Von den staatlichen Stellen umgesetzt wurden diese Anordnungen bisher kaum: Mindestens 7.500 Hektar in Curvaradó und Jiguamiandó sind den Behörden zufolge heute nach wie vor unrechtmäßig von Unternehmern besetzt. Noch immer können die Gemeinden ihr Land nicht uneingeschränkt und ohne Gefahr nutzen.

Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilte Kolumbien 2013, Vertreibungen und andere Menschenrechtsverletzungen, die 1997 im Zusammenhang mit der Operation Génesis am unteren Atrato begangen wurden, nicht verhindert zu haben. Der befehlshabende General der Militäroperation, Rito Alejo del Río, sowie 16 Unternehmer wurden bisher für Vertreibungen bzw. illegaler Landaneignung an Curvaradó und Jiguamiandó von Gerichten in Kolumbien verurteilt. Die Rolle mehrerer paramilitärischer Kommandanten sowie von fast 100 weiteren Unternehmern, Anwälten, Notaren und Agrarbeamten wird noch untersucht.

Seit sie Anfang der 2000er Jahre auf ihr Land zurückkehrten und begannen, die Räumung und Herausgabe der besetzten Flächen zu fordern, sind mehrere Dutzend Gemeindemitglieder aus Curvaradó und Jiguamiandó ermordet worden. Zuletzt Manuel Ruiz und sein Sohn Samir am 23. März 2012.

Amnesty International zeigt in einem neuen Bericht [www.amnesty-kolumbien.de/Main/20151220001?action=download&upname=Amnesty%20International%202015%20-%20Restoring%20the%20land%20securing%20the%20peace%20Indigenous%20and%20Afro-descendant%20territorial%20rights%20-%20AMR%2023-2615-2014_GER%20brochure_Web.pdf] die Schwierigkeiten auf, denen sich afrokolumbianische und indigene Gruppen ausgesetzt sehen, wenn sie gestohlenen Land zurückfordern. In einem Bericht von 2014 [www.amnesty-kolumbien.de/Main/Start?action=download&upname=Amnesty%20International%202014%20-%20A%20land%20title%20is%20not%20enough%20-%20AMR%2023-031-2014_ENG%20corrected.pdf] analysierte die Organisation bereits insgesamt die Ergebnisse der ersten drei Jahre des Landrückgabe-Programms. Er ist auch in deutscher Zusammenfassung [www.amnesty-kolumbien.de/Main/20141220001?action=download&upname=Amnesty%20International%202014%20-%20A%20land%20title%20is%20not%20enough%20-%20AMR%2023-031-2014_GER%20brochure_Web.pdf]

kolumbien.de/Main/Start?action=download&upname=Amnesty%20International%202015%20-%20A%20land%20title%20is%20not%20enough%20-%20AMR%2023-031-2014_GER%20brochure_Web%20small.pdf verfügbar.

Fragen und Text: Matthias Schreiber, Amnesty International